



Landeshaushalt 2006

Klausurtagung der Fraktionen von CDU und FDP



Hannover, 16.11.2005: Die Beschlüsse der beiden Landtagsfraktionen zum Haushalt Polizei sind enttäuschend. Innovationen für die Zukunft sind nicht erkennbar.

Die Ergebnisse der Klausurtagung der Landtagsfraktionen von CDU und FDP am 14. und 15. 11. in Osnabrück bedeuten unserer Auffassung nach nur wenige positive Ansätze für die Polizei. Im Wesentlichen sind es Nullsummenspiele bzw. Umschichtungen innerhalb des Polizeihaushalts. **Die Beschlüsse im Einzelnen:**

1. Hochbaumaßnahmen für das Polizeigebäude in Buchholz; Planungskosten 300.000 € (durch Finanzierungsbeitrag der Stadt Buchholz) zuzüglich haushaltmäßige Absicherung der Maßnahme (3,5 Mio. €).
2. Zusätzliche Mittel in Höhe von 370.000 € für technische Ausstattung im Zusammenhang mit der Fußball-WM 2006. Sie müssen im Einzelplan 03 an anderer Stelle eingespart werden.
3. Kostenbeteiligung des Landes an nicht polizeilichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Hannover im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Höhe von zusätzlich 600.000 €,
4. Haltung von Polizeikraftfahrzeugen (im Wesentlichen Spritkosten) in Höhe von 2.7 Mio. €, die bei Mieten/Bewirtschaftung von Polizeidienstgebäuden eingespart werden müssen.
5. Fremdvergabe Dienstleistung Polizeiwerkstätten – 330.000 €. Deckung durch Abbau von 10 Stellen aus Polizeiwerkstätten – 370.000 €.
6. Vorgezogene Einstellung von 42 Polizeianwärtern – 145.000 €.
7. Verlängerung Lebensarbeitszeit.
Es ist **vorgesehen**, dass ab 2009 PolizistInnen mit einer Gesamtzeit von 25 Jahren Wechselschichtdienst bzw. 30 Jahre im Kriminalermittlungsdienst mit 61 Jahren in den Ruhestand gehen können, wenn sie dies 4 Jahre vorher anzeigen. Davon sind nach Schätzungen rund 10 % betroffen (Genaueres muss bis zum Änderungsentwurf des NBG's abgewartet werden – wir werden darüber so schnell wie möglich informieren).
8. 50 zusätzliche Hebungen im g. D. zum 1.7.06.

Trotz der positiven Ansätze bei den Punkten 6 - 8 sind diese Beschlüsse bei weitem nicht ausreichend. So werden mit der geplanten Hochbaumaßnahme für Buchholz andere marode Dienstgebäude, wie z. B. in Wilhelmshaven, Oldenburg, Osnabrück und Braunschweig, in keiner Weise berücksichtigt.

„Die Kosten für diese Haushaltsklausur hätten sich die Fraktionen nach unserer ersten Bewertung sparen können“, erklärte Bernhard Witthaut in einer Presseerklärung, die wir noch am Dienstag, 15.11.05, herausgegeben haben.